

Ausländerfeindlichkeit in der Festung Europa: Einstellungen zu Fremden im europäischen Vergleich

Wiegand, Erich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

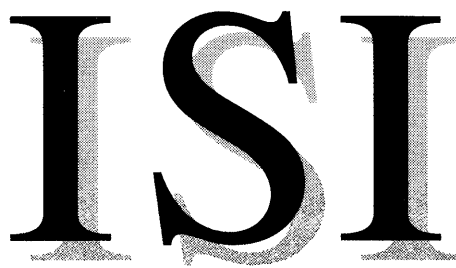
Wiegand, E. (1993). Ausländerfeindlichkeit in der Festung Europa: Einstellungen zu Fremden im europäischen Vergleich. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 9, 1-4. <https://doi.org/10.15464/isi.9.1993.1-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>



Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 9
Januar 1993

Ausländerfeindlichkeit in der Festung Europa

Eine ZUMA
Publikation

Einstellungen zu Fremden im europäischen Vergleich

Seit ungefähr zwei Jahren haben im Osten wie im Westen Deutschlands die gewalttätigen Übergriffe gegen Ausländer erheblich zugenommen. Die Vorkommnisse in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sowie der Mordanschlag in Mölln bilden dabei nur die Spitze eines Eisbergs. Betroffen sind in erster Linie Asylbewerber, aber auch andere Ausländergruppen. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat auf diese extreme Form der Ausländerfeindlichkeit mit Ablehnung und Betroffenheit, ein kleiner Teil aber auch mit unverhohlener Zustimmung reagiert. Das wirft die Frage auf, ob fremdenfeindliche Einstellungen im früheren Bundesgebiet und in den fünf neuen Bundesländern weiter verbreitet sind als in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Diese Frage soll im folgenden auf der Grundlage der Umfragedaten der EUROBAROMETER empirisch beantwortet werden.

Jeder zweite Europäer empfindet die Zahl der Ausländer im eigenen Land als zu hoch

Im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft war im Jahr 1992 ge-

nau die Hälfte aller Befragten der Ansicht, daß in ihrem Land zu viele Menschen leben, die nicht Staatsbürger eines Landes der Europäischen Gemeinschaft sind (vgl. Graphik 1). Dagegen gaben 35 Prozent an, daß es zwar viele, aber nicht zu viele seien.

Inhalt

Ausländerfeindlichkeit
in der Festung Europa1

Sozialberichterstattung und
Wohlfahrtsmessung in Europa5

Mehr Unzufriedenheit mit
der Öffentlichen Sicherheit
im vereinten Deutschland5

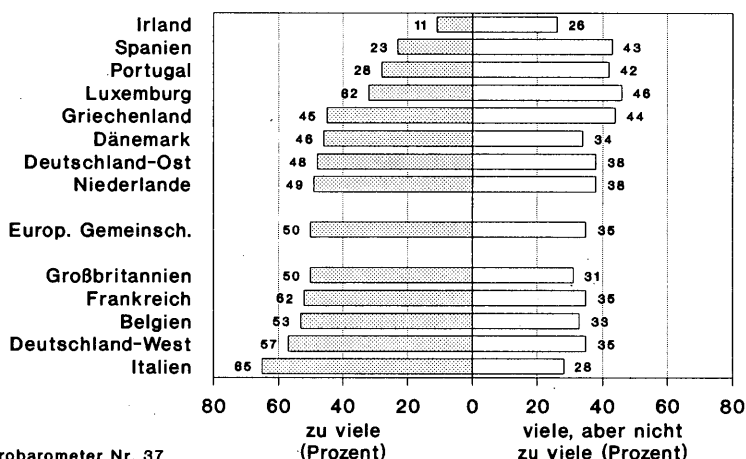
Kommunale
Sozialberichterstattung10

Lebensbedingungen in der
Europäischen Gemeinschaft
gleichen sich nur langsam an11

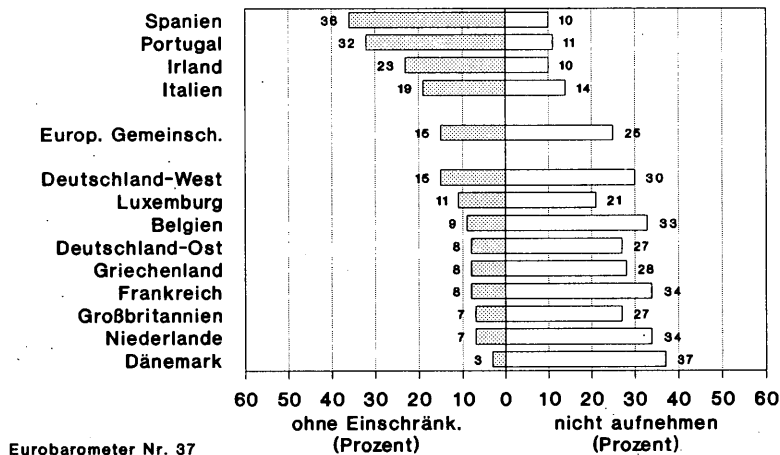
Recent Social Trends in
West Germany 1960 - 199016

Graphik 1

Einstellungen zur Zahl der Nicht-EG-Ausländer 1992



Graphik 2
Einstellungen zur Aufnahme von Menschen
aus dem südlichen Mittelmeerraum 1992



Ordnet man die Länder in umgekehrter Reihenfolge nach der Höhe des Anteils der Befragten, der die Zahl der Ausländer als zu hoch empfindet, dann liegt Westdeutschland mit 57 Prozent auf dem vorletzten Platz. Allerdings weist die frühere Bundesrepublik auch - wenn man Luxemburg einmal außer acht läßt - nach Belgien den zweithöchsten ausländischen Bevölkerungsanteil auf. Mit 48 Prozent ist im Jahr 1992 in den fünf neuen Bundesländern der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, es lebten zu viele Ausländer im eigenen Land, um zwei Prozentpunkte niedriger als der EG-Durchschnitt. Allerdings ist auch der Ausländeranteil an der Bevölkerung Ostdeutschlands vergleichsweise niedrig.

Auch bei zwei Fragen, ob im Alltag die Anwesenheit von Menschen anderer Nationalität oder anderer Rasse störend oder nicht störend sei, sind die Einstellungen der Bevölkerung in Westdeutschland im Jahr 1992 weniger tolerant als in den meisten anderen europäischen Ländern. Und auch in Ostdeutschland liegt der Anteil der Befragten, die die Anwesenheit von Menschen anderer Nationalität oder anderer Rasse als nicht störend empfinden, jeweils knapp unter dem Durchschnitt aller EG-Länder.

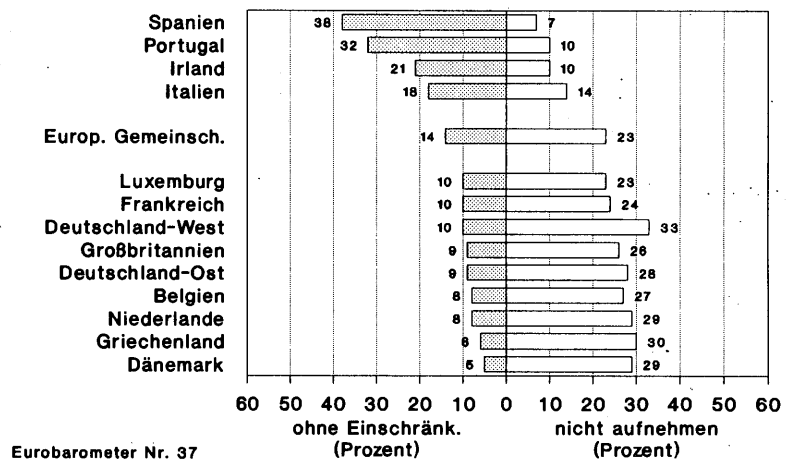
Unterschiedliche Einstellungen zu den verschiedenen Ausländergruppen in den alten und neuen Bundesländern

Auf einem vergleichsweise günstigen Mittelplatz in der Rangordnung der europäischen Länder liegen die Westdeutschen im Jahr 1992 bei der Frage nach der Aufnahme

von Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum, die in der Europäischen Gemeinschaft arbeiten wollen (vgl. Graphik 2). Hier schlagen die langjährigen guten Erfahrungen mit der Anwesenheit ausländischer Arbeitnehmer positiv zu Buche. Bei der ostdeutschen Bevölkerung dagegen wird die Toleranz gegenüber dieser Ausländergruppe durch die Wahrnehmung einer stärkeren Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze gemindert. Dieser Tatbestand erklärt auch die eindeutige Zunahme der Intoleranz zwischen 1991 und 1992. Dagegen haben sich in Westdeutschland die Einstellungen zur Aufnahme von Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum in diesem Zeitraum nicht verschlechtert, sondern eher polarisiert, d.h. sowohl der Anteil der Befragten, der diese Menschen ohne Einschränkungen aufnehmen würde, als auch der Anteil, der sie nicht aufnehmen würde, ist gestiegen.

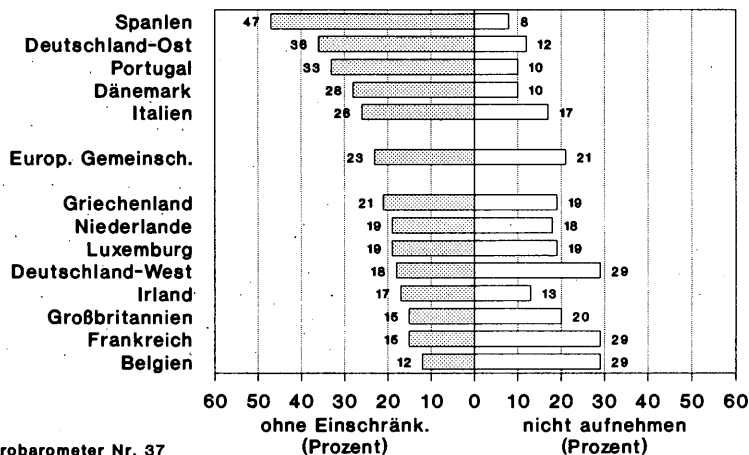
Eher polarisiert als verschlechtert haben sich in der Bevölkerung Westdeutschlands auch die Einstellungen zur Aufnahme von Menschen aus osteuropäischen Ländern. Dagegen nahm in den fünf neuen Bundesländern die Ablehnung dieser Ausländergruppe ebenfalls eindeutig zu; der Befragtenanteil, der Osteuropäer ohne Einschränkungen aufnehmen würde, ist von elf auf neun Prozent gesunken und der Anteil, der sie nicht aufnehmen würde, von 23 auf 28 Prozent gestiegen (vgl. Graphik 3).

Graphik 3
Einstellungen zur Aufnahme von Menschen
aus osteuropäischen Ländern 1992



Graphik 4

Einstellungen zur Aufnahme von politischen Asylbewerbern 1992



Bei den Einstellungen zur Aufnahme von Menschen, die um politisches Asyl bitten, rangiert die Bevölkerung Westdeutschlands im Jahr 1992 nur im unteren Drittel der Rangordnung der EG-Länder (vgl. Graphik 4). Die fünf neuen Bundesländer dagegen verbesserten sich zwischen 1991 und 1992 sogar vom vierten auf den zweiten Platz.

Deutschland lebenden Ausländern wesentlich deutlicher zurück. Gemessen am Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft stellen sich die Einstellungen der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands zu den Rechten von Nicht-EG-Ausländern vergleichsweise restriktiv dar.

Wesentlich konkreter als die Frage nach der Ausweitung oder Einschränkung der Rechte von Nicht-EG-Ausländern ist die Frage nach dem Kommunalwahlrecht von Ausländern aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Zugleich trägt diese Frage dem Umstand Rechnung, daß sich EG-Ausländer im Vergleich zu Nicht-EG-Ausländern in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in einer ungleich besseren Rechtsposition befinden und in aufenthalts- und arbeitsrechtlicher Hinsicht Inländern weitgehend gleichgestellt sind.

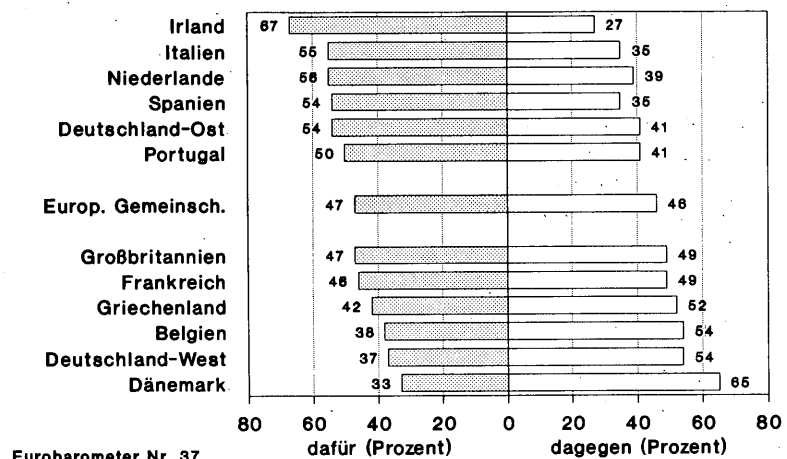
Im Jahr 1992 sind im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft die Anteile der Befragten, die sich für bzw. gegen ein Kommunalwahlrecht von Ausländern aussprechen, fast gleich groß (vgl. Graphik 5). An der Spitze der EG-Länder steht Irland, wo zwei Drittel der Befragten dem Wahlrecht von Ausländern zustimmen. Das Schlußlicht in der Rangordnung der Europäischen Länder bildet Dänemark, wo lediglich ein Drittel dafür ist. Die Bevölkerung der früheren Bundesrepublik liegt hier wiederum nur auf dem vorletzten Platz: lediglich 37 Prozent der Befragten sind für das Kommunalwahlrecht von Ausländern, mit 54 Prozent aber mehr als die Hälfte dagegen. Im Osten Deutschlands liegt die Zustimmung zum Kommunalwahlrecht von Ausländern über dem Durchschnitt aller EG-Länder: 54 Prozent der Befragten in

Einstellungen zu den Rechten von Ausländern in beiden Teilen Deutschlands restriktiver als im EG-Durchschnitt

So wie die subjektiven Einstellungen zur Zahl der im Land lebenden Ausländer nicht unabhängig von der Größe des ausländischen Bevölkerungsanteils sind, so beeinflusst das jeweils geltende Ausländerrecht auch die Einstellungen zu den Rechten der im Land lebenden Ausländer. Auf die Frage nach der Ausweitung oder Einschränkung der Rechte von Nicht-EG-Ausländern haben 1991 in Westdeutschland 12 Prozent der Befragten angegeben, sie sollten ausgeweitet werden und 39 Prozent waren dafür sie einzuschränken. Während der Befragtenanteil, der eine Ausweitung befürwortete, konstant blieb, stieg 1992 der Anteil der Befragten, der eine Einschränkung wünscht, auf 43 Prozent. In den fünf neuen Bundesländern ging die Liberalität der Einstellungen zu den Rechten von in

Graphik 5

Einstellungen zum Kommunalwahlrecht von Ausländern 1992



den fünf neuen Bundesländern sind dafür und 41 Prozent dagegen.

Ablehnung von Fremden in der Europäischen Gemeinschaft stärker als die Akzeptanz

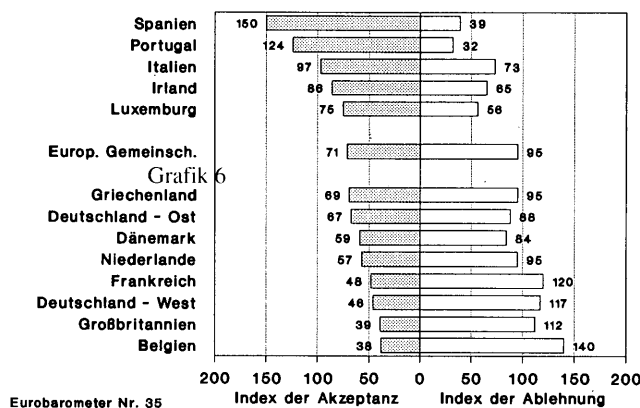
Die Anteile der Befragten, die Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum und aus Osteuropa sowie politische Asylbewerber, ohne Einschränkungen aufnehmen wollen sowie der Anteil, der die Rechte von Nicht-EG-Ausländern ausweiten will, können zu einem Index der Akzeptanz von Fremden zusammengefaßt werden. Auf die gleiche Weise kann durch Addition der jeweiligen Befragtenanteile, die diese Menschen nicht aufnehmen würden und des

Anteils, der für eine Einschränkung der Rechte von Nicht-EG-Ausländern plädiert, ein Index der Ablehnung von Fremden konstruiert werden. Beide Indizes können theoretisch Werte zwischen 0 und 400 annehmen. Im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft war 1991 mit einem Indexwert von 95 die Ablehnung von Fremden stärker ausgeprägt als die Akzeptanz, die einen Wert von 71 aufwies (vgl. Graphik 6a). Im Verlauf eines Jahres hat die Akzeptanz von Fremden leicht abgenommen, dagegen ist der Index der Ablehnung zwischen 1991 und 1992 um acht Punkte gestiegen (vgl. Graphik 6b).

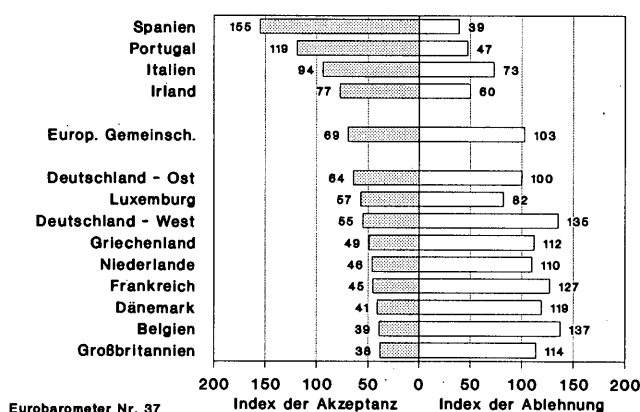
Im Osten Deutschlands liegt der Index der Akzeptanz von Fremden im Jahr 1991 mit einem Wert von 69 knapp unter dem durch-

schnittlichen Indexwert aller Länder der Europäischen Gemeinschaft und geht bis 1992 etwas stärker zurück als der EG-Durchschnitt. Allerdings nimmt auch der Index der Ablehnung von Fremden in Ostdeutschland etwas schwächer zu als im Durchschnitt aller EG-Länder. Im Westen Deutschlands weisen die beiden Indizes der Einstellung zu Fremden eine sowohl vom EG-Durchschnitt als auch von Ostdeutschland abweichende Entwicklung auf. Während sich im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft und in den fünf neuen Bundesländern die Einstellungen zu Fremden zwischen 1991 und 1992 verschlechtert haben, fand in der früheren Bundesrepublik im gleichen Zeitraum eine Polarisierung der Einstellungen statt: sowohl die Werte des Index der Akzeptanz als auch des Index der Ablehnung von Fremden sind gestiegen.

Graphik 6a
Akzeptanz und Ablehnung von Fremden 1991



Graphik 6b
Akzeptanz und Ablehnung von Fremden 1992



Ausländerfeindlichkeit in der Europäischen Gemeinschaft erzeugt politischen Handlungsbedarf

Ohne Zweifel gibt es in beiden Teilen Deutschlands wie in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft Ausländerfeindlichkeit, die in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt ist und einen zum Teil dringenden politischen Handlungsbedarf erzeugt. Im europäischen Vergleich erweisen sich Spanien, Portugal, Italien und Irland als vergleichsweise fremdenfreundlich eingestellte Länder. Allerdings handelt es sich dabei auch um Länder mit relativ niedrigem ausländischen Bevölkerungsanteil. Die frühere Bundesrepublik zählt dagegen zu den weniger tolerant eingestellten Ländern. Im Osten Deutschlands stellt sich die Situation dagegen uneinheitlich dar. Bei verschiedenen Aspekten der Einstellung zu Fremden - beispielsweise bei der Aufnahme politischer Asylbewerber - ist die Bevölkerung in den neuen Bundesländern wesentlich fremdenfreundlicher eingestellt als der Durchschnitt der EG-Länder. Bei anderen Aspekten wiederum - wie den Rechten von Nicht-EG-Ausländern - sind die Einstellungen der ostdeutschen Bevölkerung weniger tolerant als im EG-Durchschnitt.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-29)